

Kein Lösungsweg in Sicht?

Nepals gescheiterter Weg zu einer neuen Verfassung und größerer Inklusion

Karl-Heinz Krämer

Premierminister Bhattarai löste am 28. Mai 2012 die Verfassunggebende Versammlung auf. Nepal befindet sich seither in einer scheinbar ausweglosen Situation ohne Parlament und ohne konstitutionelle Möglichkeiten einer Neuwahl. Lösungsansätze wären die Bildung einer Allparteienregierung oder Neuwahlen zu einer neuen Verfassunggebenden Versammlung. Karl-Heinz Krämer veranschaulicht die Hintergründe der Krise seit der erstmaligen Wahl einer Verfassunggebenden Versammlung im Jahr 2008 und zeigt mögliche Auswege auf. Ein übersichtlicher Einstieg in unser Schwerpunktthema Nepal.

Nepals Versuch der Krisenbewältigung begann im Februar 2005, nachdem König Gyanendra seinen 2002 eingeleiteten Putsch mit der absoluten Machtübernahme abschloss. Trotz größter Repressalien durch das königliche Regime gingen die Menschen auf die Straßen und versuchten, Druck auf den König auszuüben. Aber dieser öffentliche Druck galt auch den politischen Parteien, die es versäumt hatten, die 1990 eingeführte Demokratisierung weiterzuentwickeln. Und er galt insbesondere den Maoisten, die wegen der mangelhaften Demokratisierung im Februar 1996 einen bewaffneten Aufstand gegen den Staat begonnen hatten. Die Menschen sehnten sich nach Frieden und Stabilität und sahen keine Lösung in dem vom Militär unterstützten Putsch des Königs.

Auf dem Weg zum Frieden

Die wohl bedeutendste Folge dieses öffentlichen Drucks war die Annäherung zwischen den Maoisten und den führenden Parteien des politischen Systems von 1990. Man traf sich im November 2005, natürlich mit Wissen und Duldung der indischen Regierung, in New Delhi und traf ein Abkommen über die Niederschlagung des königlichen Staatsstreichs, die Beendigung des maoistischen Aufstands

und die Schaffung einer Republik Nepal mit einer neuen Verfassung und unter Beteiligung der Maoisten. Dieses Abkommen war die Grundlage für den gesamten Prozess der Krisenbewältigung, der sich in den folgenden Jahren anschließen sollte.

Der erste wichtige Schritt auf diesem Weg war im April 2006 eine knapp dreiwöchige Volksbewegung, heute bekannt als *Jana Andolan II* in Anlehnung an die erste Volksbewegung vom Frühjahr 1990. Die Volksmassen auf den Straßen zwangen König Gyanendra zur Machtaufgabe und zur Wiedereinsetzung des 2002 aufgelösten Parlaments von 1999.

Im November 2006 kam es zum umfassenden Friedensabkommen zwischen den Maoisten und dem nepalischen Staat. Damit war der maoistische Aufstand offiziell beendet. Gleichzeitig wurde die Marschrichtung hin zu einer neuen Verfassung vorgegeben. Man einigte sich auf Wahlen zu einer Verfassunggebenden Versammlung (VV). Für die Übergangszeit entwarfen die Führer der politischen Parteien, einschließlich der CPN-Maoist, eine Übergangsverfassung, die am 15. Januar 2007 in Kraft trat.

Doch damit kam es auch zu ersten Spannungen in dem bis dahin

recht harmonisch verlaufenden Prozess. Unmittelbar nach der Verabschiedung der Übergangsverfassung trat ein neues Parlament mit 330 Abgeordneten zusammen, die allesamt von den Führern der diversen Parteien nominiert worden waren. Hierbei begingen die alten Parteien einen ersten Fehler, als sie bei der Nominierung der Abgeordneten das traditionelle Übergewicht der männlichen *Tagadbari*, d. h. der sogenannten hohen Hindukasten des Berglands, aufrechterhielten. Anders die Maoisten, die bei der Nominierung der Kandidaten wesentlich inklusiver vorgingen; so waren rund 40 Prozent der maoistischen Abgeordneten Frauen.

Mit der Beteiligung am Parlament und ab April 2007 auch an der Übergangsregierung waren die Maoisten eigentlich im Mainstream angekommen, doch wurden damit auch die Differenzen zwischen den Parteien deutlich. Die Maoisten wollten gravierende Veränderungen, die auch dringend notwendig waren; dafür hatten sie ihren zehnjährigen bewaffneten Aufstand initiiert. Die großen Parteien des Systems von 1990, der *Nepali Congress* (NC) und die CPN – *Unified Marxist-Leninist* (CPN-UMI) standen eher auf dem Standpunkt: Reformen ja, aber bitte in Maßen.

Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung

So mussten die ursprünglich für den Sommer 2007 geplanten Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung zweimal verschoben werden. Streitpunkte waren u. a. die Größe der Versammlung und das Wahlverfahren. Dies führte zu der exorbitanten Zahl von 601 Abgeordneten, die schließlich in dieser Versammlung sitzen sollten. Ursprünglich sollte die Hälfte der Abgeordneten direkt und die andere Hälfte über Listenplätze gewählt werden. Irgendwann forderten die Maoisten sogar, alle Volksvertreter über die Listen zu wählen. Man einigte sich schließlich auf 40 Prozent Direktmandate und 60 Prozent Listenmandate.

Bei den Wahlen vom April 2008 konnten die Maoisten überraschend genau 50 Prozent der Direktmandate erringen. Die Gründe für diesen überragenden Wahlsieg waren vielfältig: Die Wähler machten NC und CPN-UML für das Scheitern des 1990er Systems verantwortlich und wählten diese Parteien bewusst ab; die Maoisten hatten wiederholt gezeigt, dass sie an umfassenden Veränderungen interessiert waren; sie erwiesen sich bei der Auswahl der Kandidaten als die am stärksten inklusiv ausgerichte-

te Partei, wenngleich auch bei ihnen die männlichen *Tagadbari* überwogen.

Anders sah es bei dem Wahlverfahren über die Listen aus. Hier erhielten die Maoisten nur 30 Prozent der Stimmen, gefolgt von NC (21 Prozent) und CPN-UML (20 Prozent). Der Wert des Listenwahlsystems lag aber in einem anderen Aspekt. Es wurde nämlich vorgeschrieben, dass alle Bevölkerungsgruppen des Landes und auch die beiden Geschlechter in etwa entsprechend ihrem Anteil an der Bevölkerung über die Listen in die VV gewählt wurden; schon bei der Zusammenstellung der Listen mussten die Parteien dies beachten. Am Ende hatte dies zur Folge, dass die auch als Parlament fungierende VV eine Institution war, in der alle Gesellschaftsgruppen ihre Anliegen und Ideen einbringen konnten; eigentlich ideale Voraussetzung für das Schreiben und Ausdiskutieren einer neuen Verfassung.

Aber damit begannen die Probleme erst richtig. Keine Partei verfügte in der VV über eine absolute Mehrheit. Außerdem hatte man in die Übergangsverfassung hineingeschrieben, dass sowohl die Bildung einer neuen Übergangsregierung als auch die Ausarbeitung der Verfassung im Konsens aller Parteien erfolgen sollte. Dieser Passus erwies sich als ein großes

Hindernis, ja er war in mancher Hinsicht völlig unsinnig. Ein Konsens aller Parteien hatte sich schon vor den Wahlen als unmöglich erwiesen; angesichts des Wahlergebnisses galt dies erst recht. Außerdem würde eine sehr wichtige demokratische Institution ausgelassen werden: die parlamentarische Opposition.

Die Maoisten stellten die mit Abstand größte Fraktion in der VV. Nach später erfolgtem Zusammenschluss mit einigen kleineren Parteien nannten sie sich *Unified CPN-Maoist* (UCPN-M) und stellten 38 Prozent der Abgeordneten. Die beiden anderen großen Parteien kamen zusammen nur auf 35 Prozent. Da die meisten Parteiführer von NC und CPN-UML als Direktkandidaten auftraten und gegen teilweise kaum bekannte Konkurrenten verloren, waren viele Köpfe dieser beiden Parteien nicht in der VV vertreten; Direktkandidaten durften nämlich nicht auf den Listen aufgeführt werden. Dennoch haben letztere ihre Niederlage bis zuletzt nicht eingesehen, was auch auf einem Missverständnis der Demokratie beruht. Der NC war die Partei, die das 1990er System dominiert hatte und somit auch für dessen Scheitern verantwortlich war; es hatte nur zwei kurzfristige Regierungen ohne Beteiligung des NC gegeben. Alle Wahlen des 1990er Sys-

Wahlergebnis 2008: Zehn führende Parteien

Partei	Stimmen	Prozent	Sitze (Listenmandat)	Sitze (Direktmandat)	Sitze gesamt
Communist Party of Nepal (Maoists)	3.144.204	29,28	100	120	220
Nepali Congress	2.269.883	21,14	73	37	110
Communist Party of Nepal (UML)	2.183.370	20,33	70	33	103
Madeshi People's Rights Forum, Nepal	678.327	6,32	22	30	52
Tarai Madhes Loktantrik Party	338.930	3,16	11	9	20
Rastriya Prajatantra Party	263.431	2,45	8		8
Communist Party of Nepal	243.545	2,27	8		8
Sadbhawana Party	167.517	1,56	5	4	9
Janamorcha Nepal	164.381	1,53	5	2	7
Communist Party of Nepal (United)	154.968	1,44	5		5

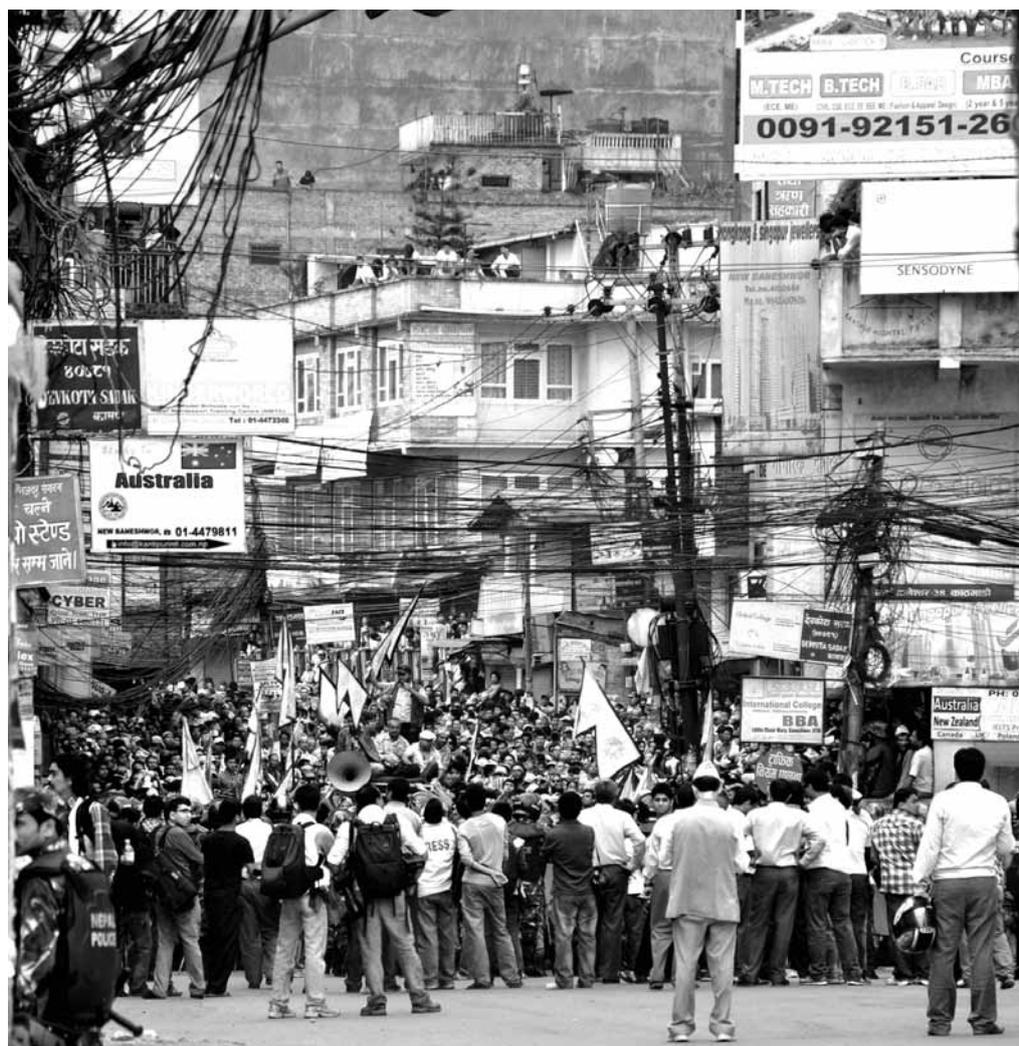
Quelle: Auswertung des Autors

tems belegten außerdem einen kontinuierlichen Trend zur Wahl kommunistischer Parteien. Bis 1999 war die CPN-UML der Nutznießer dieses Trends gewesen (der NC konnte die Wahlen von 1999 nur dank einer vorübergehenden Spaltung der CPN-UML gewinnen), der sich auch bei den Wahlen zur VV fortsetzte, doch gab es jetzt erstmals eine bedeutende politische Kraft links der CPN-UML.

Verfassungsgebende Versammlung und Machtspiele der Parteien

Die Abstimmung über die Abschaffung der Monarchie am 28. Mai 2008 war bei nur vier Gegenstimmen noch einmal eine der wenigen einmütigen Angelegenheiten. Die Maoisten forderten nach den Wahlen sowohl das Amt des Präsidenten als auch die Leitung der Regierung für sich, stießen aber auf massiven Widerstand der beiden anderen großen Parteien. Konnte der NC noch in letzter Sekunde und mit vielerlei Tricks mit Ram Baran Yadav den eigenen Kandidaten bei der Wahl des Präsidenten durchsetzen, so musste man doch zähneknirschend akzeptieren, dass Pushpa Kamal Dahal, der Vorsitzende der UCPN-M, neuer Premierminister wurde. Als einzige der großen Parteien ging der NC in die Opposition. Bei alle paar Monate wechselnden Regierungen begann ein widersinniges Wechselspiel, bei dem die nicht an der Regierung beteiligten Parteien alles daran setzten, eine konstruktive Regierungsarbeit zu verhindern und die Arbeit der VV zu boykottieren. Vielfach traten dabei auch unterschiedliche Fraktionen einer Partei gegeneinander auf.

Die von Dahal geleitete Regierung hielt bis Mai 2009. Matrika Yadav, ursprünglich Minister für Landwirtschaft und Management, trat aus der Partei aus und gründete im Februar 2009 die CPN (Maoist). Im selben Monat erhöhte die Armeeführung um CoAS¹ Katawal den Druck auf die Dahal-Regierung, als sie sich



Bürger demonstrieren vor Regierungsbannmeile für die Verabschiedung einer neuen Verfassung

Bild: Thomas Döhne

zunehmend Weisungen des Verteidigungsministeriums widersetzte, eine Integration der PLA-Kämpfer rundum ablehnte und in einem klaren Bruch des umfassenden Friedensabkommens neue Soldaten rekrutierte. Als Dahal daraufhin den Armeeführer entließ, mischte sich Präsident Yadav in die Exekutive ein und machte die Entscheidung Dahals wieder rückgängig. Daraufhin trat Dahal zurück, ein durchaus verständlicher Schritt, den er später jedoch bereute.

Ende Mai 2009 wurde eine Regierung mit Madhav Kumar Nepal (CPN-UML) als Premierminister gebildet. Um eine relative Mehrheit im Parlament zu sichern, wurden 22 Parteien daran beteiligt; die UCPN-M blieb

in der Opposition. Interessanterweise war der neue Premierminister bei den Wahlen vom April 2008 in gleich zwei Wahlbezirken von den Wählern abgelehnt worden und erst kurz zuvor auf nicht ganz koscheren Umwegen in die VV nachnominiert worden. Gleiches galt für Sujata Koirala (NC), die Tochter von Girija Prasad Koirala, die Außenministerin und stellvertretende Premierministerin wurde. Auch viele andere Minister waren bei den Wahlen abgelehnt worden. Wegen der vielen beteiligten Parteien gab es zeitweise 44 Minister. Besonders negativ fiel die Verteidigungsministerin Bidya Bhandari (CPN-UML) auf, die die Integration der PLA in die Armee ablehnte und wegen Kapitalverbrechen und Folter beschuldigte führende Ar-

meeoffiziere vor einer Strafverfolgung schützte. Die Ministerin befürwortete auch eine weitere Rekrutierung von Soldaten durch die Armee

Im Januar 2010 schlug der für die Restrukturierung des Staates zuständige Ausschuss eine Aufteilung des Landes in 14 föderale Teilstaaten auf teils ethnischer, teils regionaler Grundlage vor. Seitens der NC-Führung und des konservativen Flügels der CPN-UML um K.P. Oli stieß dieser Vorschlag auf heftige Kritik. Gleichzeitig führte die vorgeschlagene Aufteilung des *Terai* zum Zwist zwischen den indischstämmigen Hindu-kasten der *Madhesi* und der ethnischen Gruppe der *Tharu*. Erstere träumten von einem ungeteilten Madhes als föderalem Teilstaat, während die *Tharu* im westlichen *Terai* einen Teilstaat Tharuwan befürworteten.

Am 28. Mai 2010 lief die von der Übergangsverfassung vorgesehene Frist für die Ausarbeitung der Verfassung ab. In buchstäblich letzter Minute verlängerte die VV diese Frist um ein weiteres Jahr. Voraussetzung war aber der Rücktritt der Regierung. Unter zunehmendem Druck der Opposition trat Madhav Kumar Nepal am 30. Juni zurück.

Es folgten gut sieben Monate, die von den Parteien ausschließlich zu

Machtkämpfen um das Amt des Premierministers genutzt wurden. Für die Ausarbeitung der Verfassung interessierte sich niemand mehr. In sieben erfolglosen Wahlgängen traten Pushpa Kamal Dahal (UCPN-M) und Ram Chandra Paudel (NC) gegeneinander an. Da sich zeigte, dass keiner der beiden Kandidaten Aussicht auf eine relative Mehrheit in der VV hatte, verzichtete Dahal, damit die Karten neu gemischt werden konnten. Poudel aber trat noch zehn weitere Male an, obgleich er nicht einmal ein Sechstel der Abgeordneten hinter sich hatte. Erst am 13. Januar 2011 gab auch Poudel auf. Zu diesem Zeitpunkt war es bereits völlig unmöglich, die Verfassung innerhalb der verlängerten Frist zu verabschieden.

Am 3. Februar 2011 wurde dann Jhala Nath Khanal (CPN-UML) nach einem Abkommen mit Dahal (UCPN-M) mit den Stimmen der Maoisten zum neuen Premierminister gewählt. Das Abkommen zwischen Khanal und Dahal führte zu großem Streit innerhalb der CPN-UML, die kurz vor einer Abspaltung des konservativen Flügels um K.P. Oli stand. Weder in Bezug auf den Friedensprozess noch auf die Arbeit an der neuen Verfassung gab es unter der Khanal-Regierung irgendwelche Fortschritte.

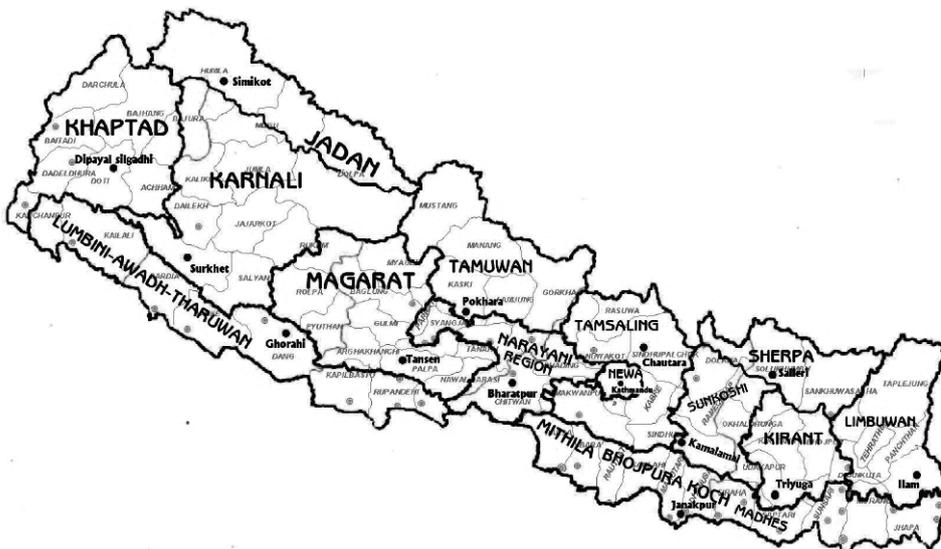
Am 28. Mai 2011 wurde die Frist der VV um weitere drei Monate verlängert. Voraussetzung war, dass sich Khanal zum Rücktritt bereit erklärte. Dieser Rücktritt erfolgte jedoch erst am 14. August. Da waren die drei Monate der Verlängerung der VV bereits wieder um.

Am 28. August wurde Baburam Bhattarai (UCPN-M) mit den Stimmen der *United Democratic Madhesi Front* (UDMF) zum neuen Premierminister gewählt. NC und CPN-UML blieben in der Opposition. Bhattarai nahm in Kauf, dass in seinem Kabinett, das zeitweilig fast 50 Personen umfasste, auch eine Reihe zwielichtiger Gestalten saßen. Sein vorrangiges Anliegen war es, die Integration der PLA-Kämpfer und die neue Verfassung zu einem Abschluss zu bringen. Hierzu wurde eine erneute Verlängerung der VV um drei Monate beschlossen.

Trotz heftiger Proteste des radikalen Baidya-Flügels der Maoisten übergab die UCPN-M nur zwei Tage später die Schlüssel zu den Waffencontainern. Am 1. November einigten sich die großen Parteien auf die Form der Integration der PLA; 6500 Kämpfer sollten in die Armee integriert werden. Dies führte zu Unmut unter den ausgesonderten und während des Aufstands verwundeten maoistischen Kämpfern.

Vorschlag des Ausschusses der Vollversammlung zum Föderalismus-Konzept

The Himalayan Times, 26.01.2012



Da die Arbeit an der neuen Verfassung vor allem am Streit über die föderale Gliederung des Staatsgebiets zu scheitern drohte, bildete man am 22. November 2011 eine *State Restructuring Commission* (SRC), die letztlich aus neun Personen bestehen sollte, deren Ethnizität in etwa die Zusammensetzung der nepalischen Gesellschaft widerspiegelte.

Aber die Zeit für die Ausarbeitung der Verfassung war bereits wieder davongelaufen. Am 25. November 2011 urteilte der Oberste Gerichtshof, dass die Verfassunggebende Versammlung nur noch einmal um maximal sechs

Monate verlängert werden dürfe. Für den Fall, dass diese Zeit nicht ausreichte, legte das Gericht Vorkehrungen zu einer Neuwahl der Versammlung nahe.

Damit wurden die Politiker endlich unter Druck gesetzt. Die VV wurde bis zum 28. Mai 2012 verlängert. In den folgenden Monaten konnten zahlreiche Differenzen zur neuen Verfassung zwischen den Parteiführern ausgeräumt werden. Niemand aber nahm Anstoß daran, dass die VV seit mindestens zwei Jahren ad absurdum geführt wurde. Die Arbeit der VV, d. h. die Ausarbeitung und Diskussion der Verfassung, hatten längst die zum Teil von den Wählern abgelehnten Parteiführer an sich gerissen.

Die unterschiedlichen Auffassungen über die föderale Strukturierung des Landes wurden auch von den Mitgliedern der SRC reflektiert. Ende Januar 2012 unterbreitete die SRC daher zwei Vorschläge. Die Mehrheitsgruppe (alles *Janajati*, *Madhesi* und ein Dalit) schlugen 11 Teilstaaten auf Grundlage von Ethnizität bzw. Identität vor. Die Minderheitsgruppe (Vertreter von NC und CPN-UML) befürworteten sechs bis sieben Provinzen ohne ethnischen Bezug. Vor allem die Aufteilung der derzeitigen *Far Western Development Region* auf zwei zukünftige Teilstaaten wurde vom NC abgelehnt. Die Partei schürte dort Streiks und Ausschreitungen der Hindukasten, die von den *Tharu* des westlichen *Terai* mit Militanz beantwortet wurden.

Am 28. März 2012 verwarf der Oberste Gerichtshof den Antrag der Regierung, seine Haltung zu einer weiteren Verlängerung der VV noch einmal zu überdenken. Daher beschlossen die Parteivorsitzenden eine Verabschiedung der neuen Verfassung im Schnellverfahren. Die VV soll nur noch die von den Parteiführern diktierte Verfassung abnicken dürfen.

Unterdessen wurde der Widerstand der *Janajati* und *Madhesi* gegen die Plä-

ne der hochkastigen Parteiführer zunehmend militant; in den folgenden Wochen drohte das Land im Chaos zu versinken. Landesweite Streiks der *Janajati*, *Madhesi* und Muslime, teilweise auch der Hindukasten, lähmten das Land.

Trotz ihrer Willenserklärung, die neue Verfassung rechtzeitig nach dem Willen der hochkastigen Parteiführer zu verabschieden, fanden letztere Anfang Mai erneut zu ihren alten Machtkämpfen zurück. Premierminister Bhattarai sollte möglichst noch vor der Verabschiedung der Verfassung die Macht in die Hände des NC legen.

Doch die Pläne der Parteiführer scheiterten letztlich an der Uneinigkeit über den föderalen Staat. Premierminister Bhattarai löste am 28. Mai entsprechend dem Urteil des Obersten Gerichtshofs die VV auf. Nepal befindet sich seither in einer ausweglosen Situation ohne Parlament und ohne konstitutionelle Möglichkeiten einer Neuwahl, mit einer geschäftsführenden Regierung, die ohne Parlament nicht abgelöst werden kann, mit einem repräsentativen Präsidenten, der eigentlich auch nur noch geschäftsführend im Amt ist, und Führern politischer Parteien, die glauben, dass ihnen die Legitimation in die Wiege gelegt wurde.

Ohne Legitimation

Wahlen zu einer neuen VV scheinen die rationalste Lösung zu sein. Dafür aber müssten zunächst die VV und das Wahlgesetz geändert werden. Hierzu wiederum müsste die aufgelöste VV kurzfristig wiederbelebt werden. Die Parteiführer aber interessieren sich nicht für die Frage der Legitimation. Für sie hat sich inzwischen der Ausweg auf zwei Lösungsmöglichkeiten reduziert: Verabschiedung der Verfassung in der von ihnen im Frühjahr beschlossenen Form durch die wiederbelebte VV oder Wahlen zu einer neuen VV im kommenden April, wobei die Parteien derzeit zwischen

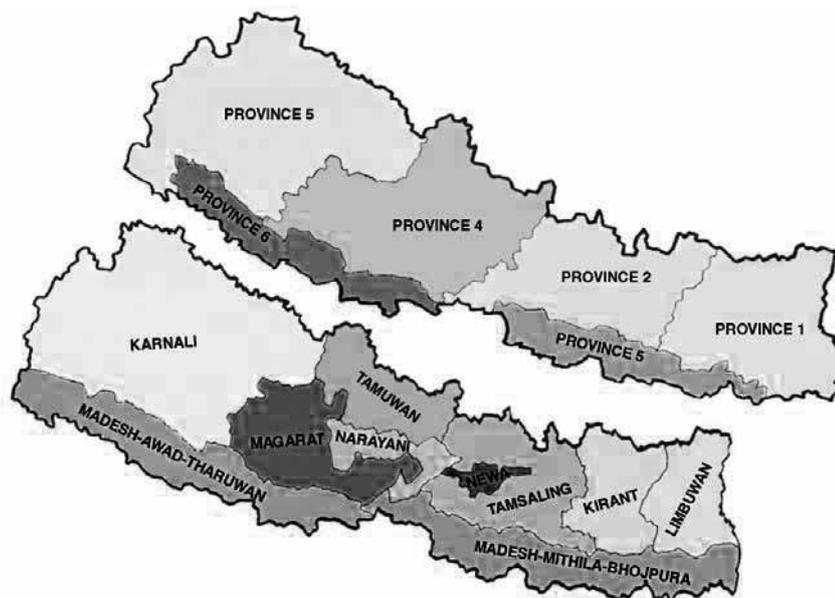


Janajati demonstrieren für ethnischen Föderalismus

Bild: Thomas Döhne

den beiden Optionen hin und her schwanken. Beides aber ist weder auf der Grundlage der Übergangsverfassung noch angesichts des Urteils des Obersten Gerichtshofs möglich. Sowohl die Regierung als auch die Opposition versuchen, den eigentlich rein repräsentativen Präsidenten Ram Baran Yadav zu einem Mittragen der von ihnen jeweils befürworteten Variante zu bewegen. Bisher hat sich Yadav diesem Drängen widersetzt, doch scheint auch ihm allmählich der Geduldssaden zu reißen.

Rund 150 Tage sind seit der Auflösung der VV bereits verstrichen. Die *Janajati* haben inzwischen bereits eigene Konsequenzen aus dem Verhalten der hochkastigen Parteileitungen

Vorschläge der *State Restructuring Commission* (SRC)

The Kathmandu Post, 14.02.2012

gezogen. Am 9. August 2012 gründete eine Gruppe von *Janajati*-Aktivisten die *Social Democratic Pluri-National Party* (SDPP). Führende *Janajati*-Politiker aus NC und CPN-UML zögerten zunächst noch in Bezug auf eine Beteiligung. Anfang Oktober aber verließen frustrierte *Janajati*-Politiker zu Hunderten die alten Parteien NC und CPN-UML.

20 Parteien, einschließlich der UCPN-M, schlossen sich am 15. August zur *Federal Democratic Republican Alliance* (FDRA) zusammen. Sie warfen NC und CPN-UML vor, kein wirkliches Interesse an einem föderalen Staat zu haben. Dabei dürfte auch die Angst vor dem Verlust einer Unterstützung durch die *Janajati* eine Rolle gespielt haben. Schließlich war der ethnisch basierte föderale Staat bereits in den frühen 1990er Jahren eine der Hauptforderungen der *Janajati*-Organisationen, lange bevor sich die Maoisten dieses Anliegen auf die eigenen Fahnen schrieben. Sollte es den *Janajati* gelingen, eine einzige gemeinsame Partei zu schaffen, die sich speziell für die Belange der *Janajati* einsetzt, dann dürften die großen Parteien bei zukünftigen Wahlen Probleme bekommen.

Die UCPN-M hat bereits jetzt noch ein anderes Problem. Am 18. Juni 2012 vollzog der radikale Flügel der Partei um Mohan Baidya den formellen Bruch mit der Mutterpartei. Die abgespaltene Gruppe nennt sich wieder CPN-M, spricht von einer möglichen Rückkehr zur Militanz, was bereits jetzt durch Zwangsspenden-Kampagnen und Streiks vorbereitet wird, und umwirbt ihrerseits die *Janajati*-Gruppen mit der Befürwortung eines ethnisch basierten Föderalismus. Zulauf erhält die CPN-M auch aus dem Kreis unzufriedener ehemaliger Partisanenkämpfer, die nicht in die Armee integriert wurden. Das Testverfahren für die in die Armee zu integrierenden PLA-Kämpfer ist nämlich am 27. September abgeschlossen worden: Nur 1463 Personen sowie einige Offiziere werden integriert. Im Februar 2007 hatte die *United Mission in Nepal* (UNMIN), die zu Beginn des Friedensprozesses die Überwachung von PLA und staatlicher Armee übernommen hatte, noch 30.852 PLA-Kämpfer gezählt, allerdings nur 3428 Waffen. Mit der nun erfolgten Integration der verbliebenen Kämpfer in die Armee kann der Friedensprozess als beendet angesehen werden.

Come-back des Exkönigs?

Abschließend muss noch eine Institution erwähnt werden, die eigentlich seit dem 28. Mai 2008 Geschichte ist: die Monarchie. Die Wirren der letzten Monate haben dazu geführt, dass die Monarchie gelegentlich wieder als Ausweg aus der Krise am Horizont auftaucht. Ich halte dies aber für eine Folge des viel zu großen Interesses bestimmter Medien an der königlichen Familie. König Gyanendra, daran besteht kein Zweifel, hat persönlich durchaus Ambitionen zu einer Rückkehr. Um seine Chancen zu testen, nutzt er Reisen im In- und Ausland. Speziell die Inlandsreisen deklariert er stets als Pilgerreisen, die er dann geschickt zu politischen Stellungnahmen vor der zuhauf erscheinenden Presse nutzt. Regierung und Parteien sorgen dann mit Verschwörungstheorien für ein nachhaltiges Echo der königlichen Statements, zumal die Kritik Gyanendras an den Parteipolitikern nicht einmal unbegründet ist.

Abgesehen davon, dass die Aussagen und Absichtserklärungen Gyanendras grobenteils verfassungswidrig sind, muss auch daran erinnert werden, dass der Exkönig die politische Verantwortung für viele Verbrechen aus der Zeit des maoistischen Aufstands und königlichen Putsches trägt. Niemand hat diese Tatsache bisher ausgesprochen. Angesichts des Umstands, dass alle großen Parteien für eine Generalamnestie für Verbrechen aus jener Zeit eintreten², dürfte sich daran auch nichts ändern.

Zum Autor

Karl-Heinz Krämer ist externes Mitglied des Südasien-Instituts der Universität Heidelberg, Abteilung für Politische Wissenschaft Südasien, und langjähriger Autor für diese Zeitschrift.

Endnoten

- ¹ CoAs: *Chief of the Army Staff* = Heeresinspekteur
- ² Vgl. hierzu den Beitrag von Thomas Döhne in diesem Heft.